EP-U-01-549

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu EP-U-01

Von Zeile 548 bis 549 einfügen:
Vielfalt, die große Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucherfreiheit –, unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Dass Europas Äcker heute weitgehend frei von Gentechnik sind, ist ein Erfolg der Bewegung gegen Gentechnik.

Die große Mehrheit der Europäer*innen, die sich gentechnikfreie Lebensmittel wünscht, kann sich auf uns Grüne verlassen: Wir setzen uns für ein Verbot der Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Auf dem Weg dorthin leiten die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und Landwirt*innen sowie das Vorsorgeprinzip unser Handeln. Dabei ist klar, dass neue biotechnologische Methoden zur Veränderung des Genoms von Pflanzen und Tieren, wie zum Beispiel CRISPR/Cas, Gentechnik sind und als solche behandelt werden müssen.

Weil gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten könnten. Jedes einzelne Produkt muss daher ein Zulassungsverfahren im Sinne des europäischen Vorsorgeprinzips durchlaufen. Das Zulassungsverfahren muss transparenter und demokratischer werden. Wir kappen die Verbindungen der zuständige Behörde EFSA zur Agrarindustrie und stärken das Europäische Parlament, damit die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Kommission nicht länger gegen die Mehrheit der Bevölkerung und des Parlaments entscheiden können.

Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch gentechnisch veränderte Baumwolle in Kleidung und Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet werden.

Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist ein Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten Aufwand und Schäden, die für den konventionellen, gentechnikfreien und ökologischen Landbau, die Imkerei und die Umwelt entsteht, den Nutzer*innen von Sorten, die mit neuer Gentechnik hergestellt wurden, angerechnet werden.

Begründung

Europaweit lehnt eine Große Mehrheit der Menschen Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Der Entwurf des Wahlprogramms stellt die Gründe dafür gut dar: Die Macht der Agrarindustrie, die Nicht-Rückholbarkeit, der hohe Einsatz von Pestiziden, Probleme bei der Koexistenz mit

konventioneller und ökologischer Landwirtschaft sowie die Einschränkung der Wahlfreiheit der Verbraucher*innen.

Es fehlt im Entwurf jedoch die Themen Kleidung, Imkerei, Futtermittelimporte und die notorische Nähe der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA zur Agrarindustrie. Zudem ist die Sprache des Entwurfs an vielen Stellen zu weich: Wir Grüne haben in der Vergangenheit in einer harten Auseinandersetzung stets Position gegen Gentechnik bezogen und nicht zum gesellschaftlichen Dialog über Gentechnik aufgerufen. Weil wir eine Mehrheit der Bevölkerung und eine starke Bewegung in der Sache an unserer Seite haben, waren wir damit auch erfolgreich. Wir sollten diese klare Position auch im Europawahlprogramm herausstellen.
Das ist nicht nur im Wahlkampf von Vorteil, sondern entspricht auch dem Verhalten der bisherigen Europafraktion, die im Parlament stets auch gegen Importe gestimmt und eine gute Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zu dem Thema gemacht hat.

Neue Methoden der Manipulation des Erbguts wie CRISPR-Cas, Genscheren oder Oligonukleotidmutagenese sowie neue Ansätze wie Gene Drive sind - das hat auch der EuGH bestätigt - nach dem prozessorientierten europäischen Recht als Gentechnik zu behandeln. Diese neuen Technologien sind überaus mächtig und ermöglichen so zum Beispiel auch die gentechnische Anpassung von Tieren an die Verhältnisse in Tierfabriken. Wir dürfen nicht in die Falle gehen, diese Techniken als "weniger schlimm" anzusehen oder gar den Versprechungen der Agrarindustrie auf den Leim gehen, die Menschheit könnte damit den Hunger bekämpfen und den Klimawandel überstehen. Ohne unseren Widerstand könnten die neuen Methoden sonst ein Einfallstor für Gentechnik nach Europa werden und einen katastrophalen Industriealisierungsschub in der Landwirtschaft auslösen.

Wir sollten uns konsequent gegen Gentechnik stellen, damit die Menschen und unsere Verbündeten in der Zivilgesellschaft wissen, dass sie sich auf uns verlassen können.

weitere Antragsteller*innen

Dorothée Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Veronika Jones (Garmisch-Partenkirchen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Andreas Krahl (Garmisch-Partenkirchen KV); Georg Buchwieser (Garmisch-Partenkirchen KV); Thomas Berger (Garmisch-Partenkirchen KV); Ulrike Küster (Miesbach KV); Benedikt Westner (Miesbach KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Günter Räder (Ostallgäu KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Norwich Rüße (Steinfurt KV); Anne-Monika Spallek (Coesfeld KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Gregor Kaiser (Olpe KV); Uta Bergfeld (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Joel Keilhauer (München KV); Ami Lanzinger (Erding KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Birgit Raab (Schwabach KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Christian Meyer (Holzminden KV); Monika Friebl (Plön KV); Hans-Joachim Janßen (Wesermarsch KV)